

Notizen

Zu einer Sonderkonferenz hatte Johannes Paul II. am 17. Oktober die 24 Bischöfe aus dem ehemaligen Jugoslawien geladen, um mit ihnen die Situation in ihren Ländern, die Möglichkeit einer dauerhaften Friedenslösung sowie die Hilfe für Kriegsgesopfer zu erörtern. Mit Ausnahme des nach wie vor unter „Hausarrest“ stehenden Bischofs von Banja Luka, Franjo Komarica, kamen alle nach Rom. In seiner Ansprache betonte der Papst: „Die Katholiken wollen ihren Beitrag zum Frieden leisten, zum Verzeihen und zur Versöhnung.“ In einer zum Abschluß veröffentlichten „Zehn-Punkte-Charta“ verpflichteten sich die Bischöfe zu einem spirituellen, moralischen und materiellen Wiederaufbau, zu einem Beitrag für ein friedliches Zusammenleben und eine Versöhnung aller ethnischen Gruppen.

Zwölf Oberhäupter autokephaler orthodoxer Kirchen haben sich auf Einladung des Ökumenischen Patriarchen von Konstantinopel, Bartholomäus I., vom 23. bis 26. September auf Patmos getroffen. Offizieller Anlaß des Treffens war das 1900jährige Jubiläum der angeblich 95 nach Christus auf Patmos geschriebenen Apokalypse des Johannes. Dem Treffen fern blieb der Patriarch der russisch-orthodoxen Kirche, Alexej II.; als Grund wurde der Konflikt mit dem ökumenischen Patriarchat über die Abspaltung der baltischen und ukrainischen Orthodoxie von der russisch-orthodoxen Kirche angenommen. In einem Schlußkommuniqué verurteilten die Kirchenführer, darunter auch der Patriarch der serbisch-orthodoxen Kirche, „jeden fanatischen Nationalismus“. Zugleich wurde auch die Bedeutung der Ökumene betont, vor „Uniatismus“ und „Proselytismus“ aber gewarnt.

In einem Brief an seine Priester hat der Erzbischof von Florenz, Kardinal Silvano Piovaneli, Richtlinien für das Wirken des „Neokatechumenalen Wegs“ in den Pfarreien aufgestellt. Hintergrund für den Brief sind Spannungen in verschiedenen Gemeinden, in denen die Neokatechumenale aktiv sind; vergleichbare Probleme mit dieser geistlichen Bewegung bzw. ihren Sonderritten und ihrem Verkündigungsstil haben sich auch in anderen Ortskirchen schon ergeben. Der Florentiner Erzbischof hält fest, die Gemeindepfarrer dürften sich nicht auf eine einzige Methode der Evange-

lisierung festlegen; mit Hilfe des neokatechumenalen Wegs könne man nie alle Gemeindemitglieder erreichen. Es dürfe keine nur „neokatechumenale Pfarrei“ geben, ebensowenig wie eine nur charismatische. Die Aufgaben in Verkündigung, Liturgie und Katechese sollten vom Pfarrer nie nur an Neokatechumenale übertragen werden. Vor der Einführung des „Neokatechumenalen Wegs“ in einer Pfarrei müsse sich der Pfarrgemeinderat mit der Frage befassen.

Der amtsenthobene Bischof Jacques Gaillot hat sich erneut brieflich an Johannes Paul II. mit der Bitte um ein Gespräch gewandt. Bei einer Pressekonferenz in Freiburg i. Br. (vgl. ds. Heft, S. 575) bezeichnete Gaillot die bisher vom Apostolischen Stuhl erhobenen Bedingungen als für ihn unannehmbar. Es werde von ihm nicht nur verlangt, daß er alleine erscheinen und daß es keinerlei Pressecommuniqués über das erfolgte Gespräch geben solle. Vor allem verlange man von ihm, daß er seine „Versäumnisse in der pastoralen Leitung, der kirchlichen Gemeinschaft und im Dienst am gemeinsamen Glauben der Kirche“ anerkenne.

Zum neuen Bischof der Evangelischen Kirche des Augsburgers Bekenntnisses in Österreich wählte die Synode den bisherigen Superintendenten für Kärnten und Osttirol, Herwig Sturm. Der 53jährige Sturm, Sohn eines Superintendenten, tritt die Nachfolge von Bischof Dieter Knall an. Die Evangelische Kirche (A. B.) in Österreich hat etwa 350 000 Mitglieder; regionale Schwerpunkte sind das Burgenland und Kärnten. Neben der lutherischen gibt es in Österreich auch eine kleine reformierte Kirche (H. B.). Lutheraner und Reformierte haben eine gemeinsame Kirchenleitung und eine gemeinsame Synode.

Den häufig ausgeblendeten wirtschaftlichen „Strukturanpassungen“ in den Industrieländern, die dringend notwendig seien, um den Entwicklungsländern die Möglichkeit einer nachhaltigen Entwicklung zu geben, widmet sich die Sachverständigengruppe „Weltwirtschaft und Sozialethik“ der Wissenschaftlichen Arbeitsgruppe der Deutschen Bischofskonferenz. In einer Mitte September unter dem programmatischen Titel „Mut zur Strukturanpassung bei uns – Hilfe für die Entwicklungsländer“ veröffentlichten, knapp 50seitigen Studie plädiert das

Expertengremium für die stärkere Öffnung der Märkte für Erzeugnisse der Entwicklungsländer. Strategien der Liberalisierung des Welthandels werden aufgezeigt, um die Handelsbedingungen und damit die Chancen der Armutsverminderung zu verbessern. Überdies widmen sich die Sachverständigen auch flankierenden währungs- und fiskalpolitischen Maßnahmen.

Anfang Oktober veröffentlichte das Zentralkomitee der deutschen Katholiken ein Positionspapier mit dem Titel „Fluchtursachen mindern“. Im Bemühen um die Umsetzung der Einsicht, daß statt der Abschottung gegenüber Einwanderung bei den Fluchtursachen angesetzt werden müsse, nennt das ZdK in dem 25seitigen Papier unter anderem folgende Punkte: den Abbau des Wohlstandsgefälles zwischen den reichen Industrieländern und den armen Ländern, neue Friedens- und Konfliktstrategien inklusive Einrichtung und Ausbau von Früherkennungs- und Frühwarnsystemen. Überdies regt das ZdK eine Änderung und Ergänzung der Genfer Flüchtlingskonvention an, so daß auch Menschen, die vor Aggression, Bürgerkriegen und wirtschaftlichen oder ökologischen Katastrophen fliehen, als Flüchtlinge anerkannt würden. Ebenso sei es dringlich geboten, geschlechtsspezifische Fluchtursachen in die Flüchtlingsdefinition einzubeziehen.

Wir verurteilen die Bluttat und bedauern, daß die unmenschliche Gewalt der vergangenen Jahre wieder zurückgekehrt ist“, erklärte die Bischofskonferenz von Guatemala in einer Reaktion auf ein von der Armee verübtes Massaker. 11 Tote, darunter Frauen und Kinder, und 21 weitere Verletzte hatte ein Überfall guatemalteckischer Soldaten auf ein Dorf gefordert, in dem aus dem mexikanischen Exil zurückgekehrte Bürgerkriegsflüchtlinge den Jahrestag ihrer Rückkehr nach Guatemala feierten. In ihrer Erklärung mahnten die Bischöfe die Armee, das fundamentale Recht auf Leben endlich zu respektieren. Die Regierung wurde zur rückhaltlosen Aufklärung aufgefordert. Der Verteidigungsminister Mario Enriquez trat inzwischen zurück.

Beilagenhinweis
Dieser Ausgabe sind eine Beilage des *Verlages Herder, Freiburg*, und des *Verlages Butzon und Bercker, Kevelaer*, beigelegt.